

Antrag der SPÖ Alsergrund, GRUENE Alsergrund und LINKS

zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025

Betrifft: Gedenktafel für Milena Jesenska - Haus Nussdorfer Straße 14

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, die Anbringung einer Gedenktafel am Haus 1090 Wien, Nussdorfer Straße 14 zu prüfen. Es handelt sich um eine Gedenktafel für Milena Jesenska, * 1896 in Prag, † 1944 im KZ Ravensbrück. Das genannte Haus war die erste Wiener Wohnadresse der Journalistin, Widerstandskämpferin, Lebensretterin. Ziel ist es, die Erinnerung an diese vielseitige Feuilletonistin und Autorin sowie mutige und in der Zeit des Nationalsozialismus politisch wegweisende Frau lebendig zu erhalten und zugleich einen weiteren gesellschaftspolitisch wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur im Bezirk Alsergrund und in Wien zu leisten.



Die Ergebnisse der Prüfung, einschließlich einer Kostenschätzung und eines groben Umsetzungsvorschlags, sollen der Kulturkommission vorgelegt werden, um die Gestaltung der Gedenktafel zu konkretisieren.

(Bild: Haus Nussdorfer Straße 14)

Begründung:

In Zeiten wiederaufkommender gesellschaftlicher Radikalisierung und antisemitischer Haltungen soll ein weiteres sichtbares Zeichen gesetzt werden, dass der Alsergrund und Wien auf Seite derer stehen, die sich für Menschenwürde und Zivilcourage einsetzen. Zudem leistet eine Gedenktafel für Milena Jesenska einen wichtigen Beitrag in der Geschichte der Frauen und Journalistinnen sowie Autorinnen.

Textvorschlag für die Gedenktafel:

- 10.8.1896 Praha/Prag † 17.5.1944 KZ Ravensbrück
- Milena Jesenska
Journalistin, Autorin, Widerstandskämpferin, Lebensretterin
- Sie war Mittlerin zwischen tschechisch, jüdisch und deutsch geprägten Lebenswelten.
Selbst in Gefahr, half sie Verfolgten bei der Flucht ins Exil.

Antrag der SPÖ Alsergrund und NEOS Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025

Betrifft: Freigabe der Busspur in der Fuchsthallergasse für einspurige Kraftfahrzeuge

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, die Freigabe der Busspur in der Fuchsthallergasse für einspurige Kraftfahrzeuge zu prüfen. Nach erfolgter Antwort soll der Antrag zur Beratung der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zugewiesen werden.

Begründung:

In der Fuchsthallergasse besteht seit Jahren zwischen Lustkandlgasse und Nussdorfer Straße eine getrennte Fahrspur für Busse und Taxis (Busspur). Zusätzlich wurde in der Gasse ein separater 2-Richtungsradweg und eine Ampel auf Höhe der Wilhelm-Exner-Gasse errichtet. Durch diese Verkehrsberuhigung und Entflechtung vom Radverkehr, macht es Sinn, für eine weitere Verbesserung der Verkehrssituation die Busspur für einspurige Kraftfahrzeuge (konventionelle bzw. Elektro-Motorräder und -Mopeds) freizugeben.

Auf der Busspur in der Alserbachstraße bei der Markthalle zwischen Liechtensteinstraße und Nussdorfer Straße ist dies seit Jahren etabliert und ermöglicht den einspurigen Verkehrsteilnehmer:innen ein Vorfahren bis zur Kreuzung, und verhindert Gefahrensituationen, die durch ein „Vorschlängeln“ entstehen können.

*Für die SPÖ
Alsergrund*

Für die NEOS Alsergrund

*Dr. Katharina Seifert-
Prenn
Klubvorsitzende*

*Mag. Rudolf Mayrhofer-
Grünbühel
Klubvorsitzender*

Antrag der SPÖ Alsergrund und KPÖ/Links

zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025

Betrifft: Nachnutzung von Flächen zur Aufwertung in der Maria-Theresien-Straße (nach Rückbau der Baustellen-Wasserleitung)

Wir setzen uns dafür ein, dass die Flächen entlang der Maria-Theresien-Straße, die derzeit durch die oberirdische Wasserleitung der Wiener Linien im Zuge des U-Bahn-Baus für deren Steher beansprucht werden, nach deren Abbau **eine neue Nutzung erhalten**, die zu einer **Aufwertung des Straßenzuges** für die Anrainer:innen und Fußgänger:innen führen.

Dazu ist gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Stadt Wien (insbesondere MA 28 - Straßenverwaltung und Straßenbau, MA 42 - Stadtgartenamt, Wiener Linien) ein Konzept für eine **gemeinwohlorientierte Nachnutzung** zu entwickeln, das insbesondere folgende Zielsetzungen berücksichtigt:

1. **Aufwertung des öffentlichen Raums** durch Begrünung, Entsiegelung und zusätzliche Aufenthaltsflächen,
2. **Recycling/Nachnutzung der aktuellen Steher, Rohrbrücken und Fundamente**
3. **Verbesserung der Aufenthaltsqualität** durch Sitzgelegenheiten oder Beschattung,
4. **Kulturelle und soziale Zwischennutzungen** dort, wo dies möglich und sinnvoll erscheint.

Die Magistratischen Dienststellen werden beauftragt, hierzu ein Konzept samt Kostenschätzung zu erarbeiten und der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission vorzulegen. In Anbetracht der aktuellen Budgetsituation sollen Vorschläge priorisiert werden, die kostengünstig umsetzbar sind.

Begründung:

Im Zuge der Errichtung der neuen U2/US-Linie wurde entlang der Maria-Theresien-Straße eine temporäre oberirdische Wasserleitung errichtet, die mehrere Jahre Bestand hatte. In absehbarer Zeit sind die Arbeiten soweit fortgeschritten, dass diese Leitung nicht mehr notwendig sein wird. Nach deren Abbau ergibt sich die einmalige Gelegenheit, den Straßenraum im Sinne einer zukunftsorientierten, klimafitten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung neu zu gestalten. Eine Rückführung zu reinen Kfz-Stellplätzen würde den Anforderungen an Klimaschutz, Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität nicht gerecht werden. Der Alsergrund hat bereits erfolgreich Projekte umgesetzt, die öffentliche Räume aufwerten und nachhaltige Mobilität fördern. Die Nachnutzung dieser Flächen bietet die Chance, diesen Weg konsequent weiterzugehen und einen deutlichen Mehrwert für Bewohner:innen und Besucher:innen des Bezirks zu schaffen.

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025

Betrifft: Errichtung der ersten Grätzl-Ladezonen am Alsergrund

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, die Einrichtung von Grätzl-Ladezonen am Alsergrund zu prüfen, und zwar an den Standorten: Sechsschimmelgasse 17, Nussdorfer Straße 61 und Porzellangasse 18 sowie Liechtensteinstraße 50 bis 52 - jeweils mit der Nutzungszeit 08:00 bis 18:00 Uhr an allen Werktagen sowie Samstagen.

Weiters werden die zuständigen Magistratsabteilungen ersucht, mittels Grätzl-Ladezonenrechner den Bedarf an weiteren Standorten in der Nussdorfer Straße und Spitalgasse, sowie in der Währinger Straße, der Porzellangasse und der Liechtensteinstraße zu ermitteln.

Die Ergebnisse der Prüfung und Ermittlung sollen zur weiteren Beratung der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission vorgelegt werden.

Begründung:

Das kurzzeitige Halten ist für den Alltag von Privatpersonen, Handwerkern oder Lieferdiensten wichtig, wo immer ein KFZ gebraucht wird. Für den großen Einkauf, zum Liefern von Material, zum Essen bringen ... oder auch zum Heimbringen einer Person, die sich beim Gehen schwer tut und Unterstützung beim Aussteigen und Heimkommen benötigt.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Ladezonen, die nur auf Antrag einzelner Unternehmen eingerichtet werden und oft ausschließlich gewerblich genutzt werden, bietet die neue Grätzl-Ladezone eine gemeinschaftliche Lösung, sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmer:innen.



Ein großer Vorteil der Grätzl-Ladezone ist, dass sie sowohl von Privatpersonen als auch von Unternehmen genutzt werden kann, um für kurze Erledigungen (max. 10 Minuten) oder für die Dauer des Ladevorgangs zu parken.

Die beantragten Standorte sind in Wohngrätzl angesiedelt, wo privater Bedarf vermutet werden kann, und bei Postpartner:innen - um eine spezifische Form der Nutzung bereits mit abzudecken. Die angestrebte Nutzungszeit soll eine Nutzung als Nachtparkplatz erleichtern.

Für die SPÖ Alsergrund:

Dr. Katharina Seifert-Prenn, Klubvorsitzende der SPÖ Alsergrund

SPÖ

Grüne

NEOS

ÖVP

FPÖ

KPÖ/Links



Betrifft: Gratis-Toilette für alle - auch im Helene-Deutsch-Park!

Die magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die öffentliche Toilette im Helene-Deutsch-Park ehestmöglich und dauerhaft kostenlos zugänglich zu machen.

Begründung:

Der Helene-Deutsch-Park ist ein beliebter Treffpunkt für zahlreiche Kinder- insbesondere jene aus dem benachbarten Kindergarten, aber auch aus dem nahegelegenen Hort in der Sobieskigasse, dem Tagesstruktur in der Ayrenhoffgasse, sowie Kindern und Jugendlichen aus der umliegenden Nachbarschaft.

Ein großer Teil dieser Kinder ist zwischen einem und sechs Jahre alt. In diesem Alter ist das Körperbewusstsein noch nicht vollständig entwickelt, weshalb es häufig vorkommt, dass die Kinder nicht rechtzeitig signalisieren können, dass sie eine Toilette benötigen.

Zwar gibt es im Park eine öffentliche Toilette, diese ist jedoch nur gegen Zahlung von 50 Cent zugänglich und erfordert passendes Kleingeld. In vielen Fällen fehlt schlicht die Zeit oder das nötige Kleingeld, um die Toilette rechtzeitig benutzen zu können - oft bleibt dann nur die Notlösung, dass die Kinder ihre Notdurft hinter Bäumen verrichten.

Alle anderen öffentlichen Toiletten auf Spielplätzen und in Parks am Alsergrund sind kostenfrei. Das sollte auch für den Helene-Deutsch-Park möglich sein.

Für die Grünen Alsergrund

Mag. Matthias Schwendtner
Klubobmann

Kurto Wendt
Klubobmann

	SPÖ	Grüne	NEOS	ÖVP	FPÖ	LINKS	
--	-----	-------	------	-----	-----	-------	--



Betrifft: Errichtung zusätzlicher Radabstellanlagen im Umfeld der Volksoper Wien

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, neue Radbügel in der nahen Umgebung der Volksoper Wien zu errichten und die entsprechenden Standorte in Abstimmung mit Anrainer:innen festzulegen.

Begründung:

Die Volksoper Wien GmbH beschäftigt rund 550 Mitarbeiter:innen und ist damit ein bedeutender Arbeitgeber im 9. Bezirk. Zahlreiche Beschäftigte nutzen regelmäßig das Fahrrad für den Arbeitsweg und betreten das Gebäude über den Bühneneingang.

In diesem Bereich bestehen seit längerem deutliche Engpässe bei den Abstellmöglichkeiten: Die vorhandenen Radabstellanlagen sind dauerhaft überfüllt, wodurch Fahrräder an Verkehrszeichen, Geländern und sonstigen Einrichtungen versperrt werden müssen. Mit dem Bau des Radwegs Fuchsthallergasse wurde zudem das bisher genutzte Gelände vor dem Bühneneingang entfernt. Auch beim geplanten neuen Gelände wird das Abstellen von Fahrrädern aus konstruktiven und platztechnischen Gründen nicht mehr möglich sein. Damit entfallen bisherige-wenn auch inoffizielle -Abstellmöglichkeiten.

Um die Situation nachhaltig zu verbessern, ist die Errichtung zusätzlicher fixer Radabstellanlagen im Umfeld des Bühneneingangs erforderlich. Eine zeitnahe Umsetzung würde die Rahmenbedingungen für die vielen radfahrenden Mitarbeiter:innen - aber auch der Anwohner:innen und Besucher:innen - deutlich erleichtern und zugleich Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen.

Für die Grünen Alsergrund

Mag. Matthias Schwendtner
Klubobmann

Kurto Wendt
Klubobmann

SPÖ

Grüne

NEOS

ÖVP

FPÖ

LINKS



Betrifft: Sichere Wege für Kinder: Tempo 30 auf allen Alsergrunder Straßen umsetzen!

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Einführung von Tempo 30 (Ausnahmen für Straßenbahnen und Linienomnibusse, wo erforderlich) für folgende Straßen am Alsergrund zu überprüfen und umzusetzen:

Aiser Straße
Alserbachstraße
Augartenbrücke
Althanstraße
Friedensbrücke
Fuchsthallergasse
Josef-Holoubek-Platz
Julius-Tandler-Platz
Liechtensteinstraße
Maria-Theresien-Straße
Nußdorfer Straße
Porzellangasse
Rossauer Brücke
Schlickplatz
Sechsschimmelgasse
Spitalgasse
Straße des Achten Mai
Universitätsstraße
Währinger Straße

Begründung:

Tempo 30 bringt mehr Sicherheit, kürzere Bremswege, weniger Lärm, Reduktion der Feinstaub-Gesamtemission und somit mehr Lebensqualität für die Bewohnerinnen. Außerdem fördert langsames Fahren die Aufenthaltsqualität für zu Fußgehende sowie die Verkehrssicherheit von Radfahrer:innen.

In vielen Gassen und Straßen am Alsergrund gilt bereits Tempo 30, in den Durchzugs- bzw. Hauptstraßen, mit Ausnahme der Hörlgasse, aber noch immer Tempo 50.

Der öffentliche Verkehr kann - wo möglich und notwendig - ausgenommen werden, wobei keine rechtlichen Hürden in Bezug auf Ausnahmen für Öffis mehr bestehen:

Eine Tempobeschränkung nur für den motorisierten Individualverkehr mittels Tempo-30-Schild mit der Zusatztafel „ausgenommen Straßenbahnen und Linienbusse“ ist möglich und kommt bereits in vielen Straßen in Wien zum Einsatz.

Die Bezirksvertretung Alsergrund hatte sich bereits im Februar und April 2019 sowie im Dezember 2021 für Tempo 30 auf allen Alsergrunder Straßen ausgesprochen. Auf die Umsetzung müssen die Bürger:innen bis heute warten.

Für die Grünen Alsergrund

Mag. Matthias Schwendtner
Klubobmann

SPÖ

Grüne

NEOS

ÖVP

FPÖ

LINKS

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Grüne Welle zur Erhöhung der Verkehrsberuhigung und Umweltschutz in der Hörlgasse und der Maria-Theresien-Straße

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien, die Möglichkeit der Einrichtung der „Grünen Welle“ für die Hörlgasse und Maria-Theresienstraße zu prüfen, d.h. die aufeinanderfolgenden Ampeln so zu synchronisieren, dass Verkehrsteilnehmer:innen die Straßen mit der verordneten Geschwindigkeit von 30 km/h durchqueren können, ohne anhalten zu müssen, sowie die „Grüne Welle“ den Verkehrsteilnehmer:innen zu kommunizieren. Diese Maßnahme verbessert den Verkehrsfluss und Stopp-and-Go-Vorgänge sowie Lärm und CO₂-Emissionen reduziert. Weiters soll in die Prüfung die Straßenbahnlinie mit einbezogen werden, zwischen den Stationen Schlickgasse und Börse.

Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sollen der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden.

Begründung:

Aktuell sind die Ampeln der Hörlgasse so geschaltet, dass Verkehrsteilnehmer:innen, die sich genau an das Geschwindigkeitslimit halten, vor jeder Ampel in der Hörlgasse anhalten müssen, während Raser:innen incentiviert werden, weil sie gerade noch – verbotenerweise mit überhöhter Geschwindigkeit – das Überqueren der Ampel bis zum zweiten Grünblinken schaffen.

Dadurch haben gesetzestreue Verkehrsteilnehmer:innen das Nachsehen, und es werden gefährliche Situationen für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen geschaffen.

Gerade in Einbahnen sind „Grüne Wellen“ einfacher zu realisieren und die Akzeptanz von Regeln wird auf einfache Art und Weise erhöht, wenn die Befolgung positive Effekte nach sich zieht: **1) Verkehrsberuhigung:** Verringerung der Geschwindigkeit und Lärm in der Hörlgasse durch Schaffung eines kontinuierlichen Verkehrsflusses, **2) Umweltschutz:** CO₂ und Treibstoff-Reduktion durch weniger Brems- und Beschleunigungsvorgängen und **3) Effizienz:** weniger Stopp und eine durchgängige Fahrt.

Als Beispiele für Grüne Wellen sind Kopenhagen, Freiburg im Breisgau und Berlin zu nennen.

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Aufstellung zusätzlicher Bänke an der Böschung des Donaukanals

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien, die Möglichkeit der Aufstellung von **mindestens vier zusätzlichen Sitzgelegenheiten** (klassische Parkbänke oder Liegebänke, je nach Standort) an der **Böschung des Donaukanals im Bereich zwischen Friedensbrücke und Rossauer Brücke** zu prüfen.

Diese Maßnahme soll die Aufenthaltsqualität in einer konsumfreien Zone für zahlreiche Besucher:innen des Donaukanals, darunter Spaziergänger:innen, Radfahrer:innen, Familien und Jugendliche, deutlich verbessern.

Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sowie Varianten zur konkreten Umsetzung (z. B. 2 Banktypen, mit Fotobeispielen) sollen dem Umweltausschuß zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden.



Liegebank bei der Friedensbrücke



Möglicher Aufstellort links und rechts

der Stiegenanlage (48.2263841,16.366171)

Begründung:

Der Donaukanal ist ein stark frequentiertes Naherholungsgebiet, das von einer Vielzahl von Menschen genutzt wird. Trotz dieser hohen Frequentierung sind die vorhandenen Sitzgelegenheiten unzureichend, was die Aufenthaltsqualität erheblich beeinträchtigt. Zusätzliche (Liege-)Bänke würden den Besucher:innen die Möglichkeit bieten, sich auszuruhen und die Umgebung zu genießen, was besonders für ältere Menschen und Familien mit kleinen Kindern wichtig ist.

Mehr Sitzgelegenheiten schaffen Raum für soziale Interaktionen und Begegnungen, fördern den sozialen Zusammenhalt und werten den öffentlichen Raum auf. Auf der gegenüberliegenden Seite des Donaukanals gibt es einige solcher Liegebänke, die den dortigen Besucher:innen eine

SPÖ (15)

GRÜNE (11)

NEOS(5)

ÖVP(4)

FPÖ(3)

LINKS-KPÖ (2)

angenehme Aufenthaltsqualität bieten. Dies zeigt, dass eine erhöhte Anzahl von Sitzgelegenheiten den öffentlichen Raum deutlich bereichern kann.

Eine einzelne Bank bei der Friedensbrücke ist ständig besetzt, was den hohen Bedarf an zusätzlichen Sitzgelegenheiten in diesem Bereich verdeutlicht. Die Nachfrage nach weiteren Bänken ist offensichtlich und sollte zeitnah adressiert werden.

Diese Maßnahme ist eine kostengünstige und effektive Lösung, um die Aufenthaltsqualität in unserem Bezirk zu steigern.

Für NEOS Alsergrund

Wien, 17.9.2025

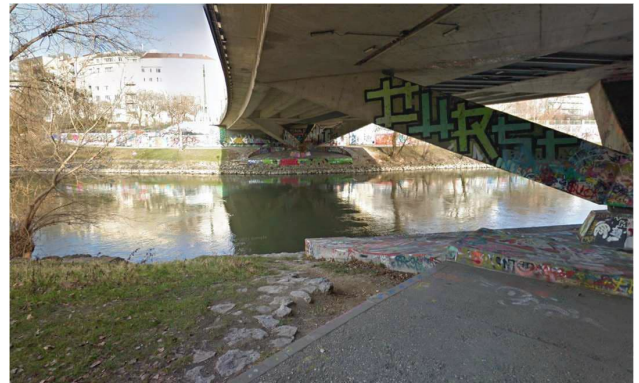
Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Klubvorsitz NEOS Alsergrund

Weitere mögliche Aufstellorte:



Möglicher Aufstellort links und rechts der Stiegenanlage (48.2238166.16.3677001)



Weitere Möglichkeit einer Bank (48.2196085.16.368546)

SPÖ (15)

GRÜNE (11)

NEOS(5)

ÖVP(4)

FPÖ(3)

LINKS-KPÖ (2)

Antrag gern. § 24(1) GO-BV

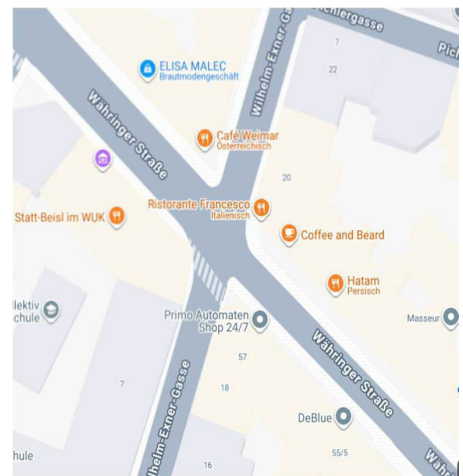
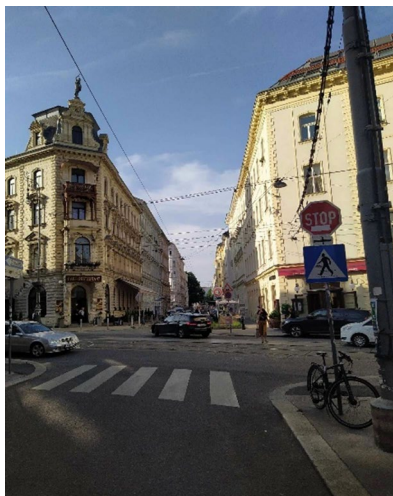
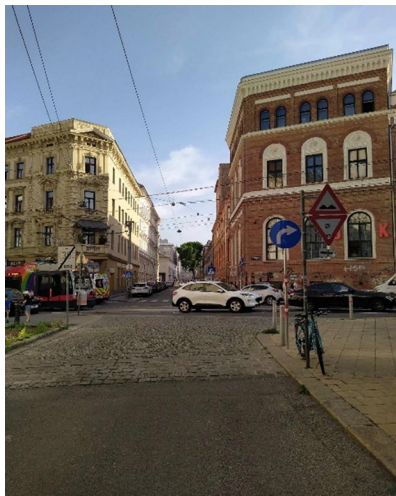
Betrifft: Ermöglichung der bi-direktionalen Nutzung der Wilhelm Exner Gasse für Radfahrerinnen und Radfahrer

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien, die Anbringung einer Zusatztafel zur Ermöglichung der direkten Querung der Währinger Straße für Radfahrer und Radfahrerinnen in Richtung AKH in der Wilhelm Exner Gasse, zu prüfen.

Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sollen der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden.



Begründung:

Aus Richtung AKH kommend ist die Wilhelm-Exner-Gasse derzeit direkt querbar. In Gegenrichtung hingegen ist ein Gebotsschild zum Rechtsabbiegen angebracht. Dadurch ist es Radfahrer und Radfahrerinnen nicht erlaubt, diese Nebenstraße als attraktive und sichere Alternative zur stark frequentierten Spitalgasse zu nutzen.

Für NEOS Alsergrund

Wien, 17.9.2025

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbüchel

SPÖ (15)

GRÜNE (11)

NEOS (5)

ÖVP(4)

FPÖ(3)

LINKS-KPÖ (2)

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Errichtung von weiteren Trinkbrunnen und Abkühlungsmöglichkeiten im Bezirk

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Stellen im Magistrat um eine Prüfung von weiteren möglichen Standpunkten im Bezirk von Trinkbunnen / mobilen Trinkbunnen („Brunnhilde“) sowie von Nebelduschen und Sommerspritzern an folgenden stark frequentierten Plätzen: Bauernfeldplatz, Servitenplatz, dem Votivpark, am Schlickplatz, bei der Markthalle.

Das Ergebnis samt Kostenschätzung soll dem Umweltausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Wie auch dieser Sommer gezeigt hat, steigen aufgrund des Klimawandels die Temperaturen. Hitzewellen sind die Folge. Dadurch steigt auch die Gefahr von gesundheitlichen Problemen wie Dehydrierung, einem Sonnenstich oder Kreislaufproblemen. Hier ist es wichtig, dass Trinkbrunnen und Abkühlungsmöglichkeiten in konsumfreien Zonen flächendeckend verfügbar sind.

Für NEOS Alsergrund

Wien, 17.9.2025

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Betrifft: Errichtung eines Taubenschlages am Alsergrund

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellt für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 24. September 2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, an welchen Orten am Alsergrund ein Taubenschlag errichtet werden kann. Bei der Umsetzung soll das Wildtierservice der MA49 miteingebunden werden. Die entstehenden sowie laufenden Kosten sollen geprüft und das Projekt anschließend dem Umweltausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Eine gesunde Taubenpopulation, die von artgerechter Ernährung und einem tierschutzgerechten Raum profitiert, ist gerade im städtischen Raum von Vorteil.

Ein Taubenschlag bietet die Möglichkeit, die Gesundheit der Tiere zu überwachen und ihre Vermehrung gleichzeitig - beispielsweise durch das Austauschen von Eiern - zu kontrollieren, wenn vorausgesetzt wird, dass einschlägige Maßnahmen ausschließlich in Absprache mit Expertinnen und Experten erfolgen.

Ein gelungenes Beispiel ist der Taubenschlag im Südtiroler Hof auf der Wieden, wo eine Kontrolle der Anzahl der Tiere erfolgt, die Mieterinnen und Mieter des Gemeindebaus keine Nistplätze mehr auf ihren Balkonen vorfinden und die Verschmutzung im öffentlichen Raum durch die Beschränkung auf einen bestimmten Ort eingedämmt werden konnte. Zielsetzung der Initiative ist es auch, Reinigungskosten zu senken, Gebäude und Denkmäler zu schonen und Verletzungen der Tiere durch Spikes zu vermeiden, während die Anzahl der Tauben eingedämmt werden kann.

Am Alsergrund werden von der lokalen Bevölkerung Orte wie der Arne-Karlsson-Park, das Gebiet rund um den Julius-Tandler-Platz oder die Schulz-Straßnitzki-Gasse als Stellen genannt, an denen die Taubenpopulation als unangenehm hoch empfunden wird.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

Betrifft: Antrag zur ortssensiblen Platzierung von Abfallbehältern am Sobieskiplatz

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellt für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 24. September 2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der MA 48 werden ersucht, eine Lösung zu finden, damit der Sobieskiplatz nicht durch den zentral aufgestellten großen silbernen Abfallbehälter in seinem historischen und ästhetischen Charakter des Platzes gestört wird. Die Möglichkeiten wie ein anderes Modell, das dem historischen Ambiente besser entspricht, eine geschicktere Situierung, Aufteilung auf zwei kleinere, an geeigneten Stellen aufgehängte, Mistkübeln, oder ein weiterer Vorschlag sollen dem Umweltausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Der Sobieskiplatz im 9. Wiener Gemeindebezirk ist ein historisch bedeutender Ort, der nicht nur durch seine Architektur, sondern auch durch seine kulturelle Bedeutung hervorsticht. Benannt nach dem polnischen König Johann III. Sobieski, wurde der Platz im 18. Jahrhundert angelegt und ist heute ein zentraler Bestandteil des Schubertviertels. Besonders hervorzuheben ist die barocke Statue des Heiligen Johannes Nepomuk, die seit 1824 auf einem Baldachin-Sockel steht und als Wahrzeichen des Platzes gilt.



Aktuell befindet sich ein Abfallbehälter in zentraler Lage des Platzes, der aufgrund seines modernen Designs und Materials im Kontrast zur historischen Umgebung steht. Ein solches Stadtmobiliar kann das ästhetische Gesamtbild beeinträchtigen und steht im Widerspruch zum Erscheinungsbild des Platzes. Es wurden auch 2015 bei der Ausleuchtung des Platzes Lampen installiert, die dem Gesamtbild entsprochen haben, weil es den Bezirksbewohnenden ein Anliegen ist, diesen Platz mit seinem Charme zu erhalten.

Es ist generell von Bedeutung, dass Abfallbehälter in historisch geprägten Bereichen wie dem Sobieskiplatz ortssensibel ausgewählt und platziert werden.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

Betrifft: Sitzmöglichkeit U4 Station Rossauer Lände Ausgang Seegasse

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellt für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 24. September 2025 folgenden

Antrag

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht eine Sitzgelegenheit bei der U4 Station Rossauer Lände beim Ausgang Seegasse aufzustellen. Eine Kostenschätzung soll im Umweltausschuss präsentiert und diskutiert werden.

BEGRÜNDUNG

Derzeit befinden sich Sitzgelegenheiten auf derselben Ebene erst in einer Entfernung von rund 150 Metern. Diese liegen zudem in der Nähe des Spielplatzes und dienen daher zwar einem wichtigen Zweck, sind jedoch nicht als ruhiger Aufenthaltsort geeignet. In unmittelbarer Umgebung befindet sich außerdem ein Altersheim, wodurch vermehrt Personen mit eingeschränkter Mobilität und einem erhöhten Bedarf an Sitzmöglichkeiten den Bereich nutzen. Durch die Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten könnte der Erholungsraum auf einfache und kostengünstige Weise aufgewertet werden und würde allen Nutzergruppen zugutekommen.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

Betrifft: Kostengünstigere Parkplätze für Bezirksbewohnerinnen und Bezirksbewohner in bestehenden Garagen

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 24. September folgenden

Antrag

Die Bezirksvorsteherin wird ersucht sich mit den Garagenbetreibern im Bezirk in Verbindung zu setzen und sich aktiv dafür zu engagieren, dass Bezirksbewohnerinnen und Bezirksbewohner kostengünstigere Stellplätze in den bestehenden Garagen zur Verfügung gestellt bekommen. Die Ergebnisse sollen der Kommission für Bezirksentwicklung zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

BEGRÜNDUNG

Am Alsergrund besteht eine angespannte Situation aufgrund des Parkplatzmangels, die sich durch zahlreiche Baustellen zusätzlich verschärft. Viele Bewohner*innen sind jedoch auf ein Auto angewiesen, die Parkraumsituation im öffentlichen Straßenraum ist stark belastet.

In den bestehenden Garagen im Bezirk gibt es freie Kapazitäten, die aufgrund der hohen Mietpreise für viele Bezirksbewohnerinnen jedoch unerschwinglich sind. Eine Senkung der Garagenkosten oder spezielle Tarife für Bezirksbewohnerinnen würde die Parkplatzsituation entlasten, die Auswirkungen der Baustellen abfedern und das alltägliche Leben im Bezirk erleichtern.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

□ (15) C?RJNE(11) NEOS(5)

**Antrag
zur
SITZUNG
der
ALSERGRUNDER BEZIRKSVERTRETUNG
am
24. September 2025**

Betrifft: Überprüfung Halte- und Parkverbot Wasagasse 2

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Dienststellen des Wiener Magistrats das Halte- und Parkverbot - ausgenommen Fahrzeuge im Auftrag des öffentlichen Sicherheitsdienstes - vor dem Amtsgebäude Wasagasse 2 auf seine Notwendigkeit zu überprüfen, da dort zumindest ein Parkplatz regelmäßig dem Bildungsminister überlassen wurde, obwohl dessen Fahrzeug nicht im Auftrag des öffentlichen Sicherheitsdienstes unterwegs ist.

Begründung:

Wie im Juni dieses Jahres immer wieder zu beobachten war, parkt dort offensichtlich der Fahrer von Bildungsminister Christoph Wiederkehr regelmäßig die Dienstlimousine, einen 7er BMW. Wiederkehrs repräsentative Luxus-Limousine ist jedoch kein Fahrzeug der Exekutive. Dank eines im Ministerium angefertigten Schilds in der Windschutzscheibe ("öffentlicher Dienst") vermeidet man mögliche Strafen seitens der Parksheriffs. Man habe das seitens des Ministeriums mit der LPD Wien und der MA46 abgeklärt, war in der Zeitschrift Heute vom 17.7.2025 zu lesen.

Resolution

der SPÖ Alsergrund, KPÖ/Links und ÖVP Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025

Resolution: Alsergrund als „SafePlace4Women“

Gewalt an Frauen ist ein weltweites Problem. Allein im Jahr 2023 verzeichnete der 24-Stunden Frauennotruf der Stadt Wien fast 12.000 Beratungen, wo Abhilfe bei sexualisierter Gewalt, psychischer Gewalt, körperlicher Gewalt oder K.O.-Mittel geleistet wurde. Mehrere hunderte Frauen und Kinder haben in demselben Jahr Zuflucht in Wiener Frauenhäusern finden müssen.

Die Bezirksvertretung Alsergrund ist sich der gesellschaftlichen Problematik von Gewalt an weiblich gelesenen Personen bewusst, wie schon an vergangenen Projekten wie Frau* schafft Raum, der Umbenennung in den „Ni-Una-Menos-Platz“ oder dem Beitritt dem Bündnis StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt ersichtlich ist. Gerade bei diesem Thema ist es wichtig, dass wir uns nicht auf vergangenen Errungenschaften ausruhen, sondern uns dauerhaft und zielführend dem Thema Frauengewalt widmen.

Die Bezirksvertretung deklariert den Alsergrund als „#SafePlace4Women“ und schließt sich dabei einer europaweiten Kampagne an, die das Prinzip der Nulltoleranz bei Gewalt gegen Frauen in den Mittelpunkt stellt.

Im Rahmen dessen setzt sich die Bezirksvertretung Alsergrund insbesondere für folgende Themen ein:

Awareness-Kampagnen zum Thema, die auf Landesebene von der Stadt Wien erarbeitet werden, sollen am Alsergrund besonders beworben werden.

Die Gestaltung des öffentlichen Raumes soll in Rücksicht darauf erfolgen, dass „Angsträume“ entschärft bzw. verhindert werden.

Die Öffentlichkeit soll durch Kommunikationskampagnen rund um die „16 Tage gegen Gewalt“ über Maßnahmen informiert werden und Bewusstsein geschaffen werden, was jede*r tun kann, um die Situation zu verbessern.

Für die SPÖ
Alsergrund

Für die Grünen
Alsergrund

Für die ÖVP Alsergrund

Dr. Katharina Seifert-
Prenn
Klubvorsitzende

Matthias Schwendtner

Klubvorsitzender

Elisabeth Fuchs

Klubvorsitzende

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Resolution „Aktives Baustellenmanagement im öffentlichen Raum“

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2025 folgenden

RESOLUTIONS-ANTRAG

Der Alsergrund ist im Jahr 2025 von einer Vielzahl an Bauvorhaben betroffen - insbesondere im Bereich rund um den Franz-Josefs-Bahnhof, den Julius-Tandler-Platz sowie die Alserbachstraße. Auch in Teilen der Universitätsstraße, der Spitalgasse und an der Spittelauer Lände wird gebaut. Diese Baustellen sind notwendig, um den Bezirk weiterzuentwickeln und erfolgreich in die Zukunft zu bringen. Zudem steigern Verkehrsberuhigungen und Infrastrukturerneuerungen langfristig die Lebensqualität im Bezirk.

Gleichzeitig bedeuten sie aber eine massive Belastung für die Bevölkerung: Straßensperren, Lärm, Staus, blockierte Parkplätze und eingeschränkte Erreichbarkeit prägen den Alltag vieler Anrainerinnen und Anrainer.

Fehlende, verspätete oder nur eingeschränkt verfügbare Information verschärft diese Situation zusätzlich. Ein aktives und transparentes Baustellenmanagement kann hier wesentlich zur Entlastung beitragen, Verständnis fördern und Konflikte vermeiden.

Notwendige Bauarbeiten im öffentlichen Raum erreichen durch transparente und aktive Kommunikation mehr Akzeptanz. Das ist auch entscheidend für künftige Großbaustellen wie jene im Bereich der Augasse (ehemalige WU) und an der Nordbergbrücke. Rechtzeitige und verlässliche Information wird hier eine entscheidende Rolle spielen.

Deshalb spricht sich die Bezirksvertretung Alsergrund für folgende Maßnahmen aus:

- Eine offene, aktive und klar verständliche Kommunikation von Baufortschritten, Zeitplänen und Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang mit Baustellen im öffentlichen Raum - über das bestehende Maß hinaus.
- Die digitale und barrierefreie Bereitstellung dieser Informationen zB auf der Website der Bezirksvertretung in leicht zugänglicher Form, idealerweise in Echtzeit - mitsamt Aktualisierungen des Baufortschrittes.

- Eine zusätzliche analoge Information bei größeren Einschränkungen, etwa bei längerfristigen Verkehrsänderungen, Straßensperren oder deutlicher Lärmbelastung. Z.B. durch Postwurfsendungen, Aushänge oder Informationsschilder im direkten Umfeld der betroffenen Baustellen.

Für NEOS Alsergrund

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Für die ÖVP Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs

Wien, 17.9.2025

SPÖ (15)

GRÜNE (11)

NEOS (5)

ÖVP(4)

FPÖ(3)

LINKS-KPÖ (2)

Betrifft: Maßvolle Budgetkonsolidierung 2026

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellt für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 24. September 2025 folgenden

RESOLUTION

Der Bund hat bereits mit dem Doppelbudget 2025/2026 wesentliche Schritte gesetzt um das Budgetdefizit einzudämmen und Österreich wieder auf einen nachhaltigen Budgetpfad zu führen. Innerhalb der Stadtregierung wird derzeit ein Maßnahmenpaket erarbeitet um das Defizit innerhalb der Stadt zu reduzieren. Erste Details werden auch schon medial verkündet. Unter anderem sollen die Preise für die Jahreskarte der Wiener Linien oder das Parkpickerl erhöht werden. Ebenso wird eine gestaffelte Erhöhung der Ortstaxe ab 2026 kolportiert. Bei den Ausgaben bisher bekannt, dass es Einsparungen durch Änderungen bei den Bedarfsgemeinschaften, sowie beim Abzug der Wohnkosten bei der Sozialhilfe auch bei Kindern sowie der Schulungszuschlag wegfallen soll.

Während diese Angelegenheiten im Wirkungsbereich der Stadt Wien liegen wurde auch einseitig in den Medien angekündigt, dass die Budgets der Bezirke für 2026 auf dem Stand 2025 eingefroren werden sollen. Diese Vorgangsweise ist nicht mit den Bezirken abgestimmt und nimmt auch nicht Rücksicht auf bereits beschlossene und geplante Projekte.

Die Bezirksvertretung Alsergrund bekennt sich dazu, dass der Alsergrund seinen Teil zu der notwendigen der Budgetkonsolidierung beiträgt. Jedoch nicht nach dem Rasenmäherprinzip durch das Einfrieren des Budgets auf dem Niveau 2025 sondern für den Alsergrund verträglich und mit den Bezirken abgestimmt.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau